

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
<i>I. Einführung</i>	1.01
1. Das BAföG als Teil der Bildungsförderung	1.01
2. Ziele der Ausbildungsförderung nach dem BAföG	1.05
3. Die Entwicklung des BAföG	1.08
4. Grundrecht auf Ausbildungsförderung?	1.09
<i>II. Allgemeine Förderungsvoraussetzungen</i>	2.01
1. Die nach dem BAföG förderungsfähigen Ausbildungen	2.02
1.1 Die allgemeinen Voraussetzungen der Förderungsfähigkeit	2.02
1.1.1 Der kraft Gesetzes gegebene Förderungsbereich	2.05
1.1.2 Einbeziehung nichtstaatlicher Ausbildungsstätten	2.07
1.1.3 Die Mindestdauer der Ausbildung	2.16
1.1.4 Das Erfordernis der Vollzeitausbildung	2.19
1.2 Die nach § 2 Abs 1 förderungsfähigen Ausbildungen	2.22
1.2.1 Weiterführende allgemeinbildende Schulen	2.23
1.2.2 Fachoberschulen	2.26
1.2.3 Abendhaupt-, Abendrealschulen, Berufsaufbauschulen, Abendgymnasien und Kollegs	2.28
1.2.4 Berufsfachschulen und berufliche Grundbildung	2.34
1.2.5 Fachschulen	2.38
1.2.6 Höhere Fachschulen, Akademien und Hochschulen	2.40
1.3 Durch Rechtsverordnung nach § 2 Abs 3 einbezogene Ausbildungsstätten	2.44
1.4 Die Förderung von Fernausbildungen	2.50
1.5 Die Ausbildungsstätten in den neuen Bundesländern	2.54
1.6 Die Förderungsfähigkeit von Praktika	2.67
2. Welche Personen können gefördert werden?	2.72
2.1 Staatsangehörigkeit	2.72
2.1.1 Deutsche	2.72
2.1.2 Asylberechtigte, aufgenommene Flüchtlinge und Heimatlose	2.73
2.1.3 Ausländer/Ausländerinnen mit deutschem Elternteil	2.74
2.1.4 Auszubildende aus EG-Staaten	2.75
2.1.5 Andere Ausländer und Ausländerinnen	2.78
2.2 Begabung, Eignung, Leistung	2.87
2.3 Altersgrenze	2.94
2.3.1 Grundsatz: 30 Jahre	2.94

2.3.2 Ausnahme Zweiter Bildungsweg	2.96
2.3.3 Ausnahme Art der Ausbildung	2.97
2.3.4 Familiäre und persönliche Verzögerungsgründe	2.98
2.3.5 Einschneidende Veränderung der persönlichen Verhältnisse	2.104
2.4 „Verbrauch“ des Förderungsanspruchs durch Vorausbildung?	2.107
2.5 Berücksichtigung anderweitiger Förderungsmöglichkeiten	2.119
2.6 Bedürftigkeit (Einkommens- und Vermögenssituation)	2.130
3. Besondere Voraussetzungen für die Schülerförderung	2.131
3.1 Die Entwicklung der Schülerförderung	2.131
3.2 Die Grundzüge der gegenwärtigen Regelung	2.132
3.3 „Nicht bei den Eltern wohnen“	2.135
3.4 Die Erreichbarkeit der Ausbildungsstätte	2.137
3.5 Verheiratete Auszubildende; Auszubildende mit Kindern	2.142
3.6 Unzumutbarkeit des Wohnens bei den Eltern	2.144
3.7 Ergänzende Schülerförderungsbestimmungen der Länder	2.145
4. Weitere Voraussetzungen: Antrag, Besuch, Teilnahme	2.157
4.1 Antragstellung als Förderungsvoraussetzung	2.157
4.2 Organisatorische Zugehörigkeit zur Ausbildungsstätte	2.158
4.3 Besuch der Lehrveranstaltungen	2.160
4.4 Teilnahme an Praktika	2.161
<i>III. Förderungsvoraussetzungen in besonderen Fällen</i>	<i>3.01</i>
1. Förderung von Auslandsausbildungen	3.01
1.1 Allgemeine Grundsätze	3.01
1.2 Die Grenzgängerbildung	3.05
1.3 Auslandsaufenthalt im Rahmen einer Inlandsausbildung	3.07
1.4 Vollständige Ausbildung im Ausland	3.11
1.5 Förderung der sog. Auslandsdeutschen (§ 6)	3.16
1.6 Förderung von Auslandspraktika	3.27
2. Förderung nach Ausbildungsabbruch und Fachrichtungswechsel	3.28
2.1 Die Grundzüge der Regelung	3.28
2.2 Der Begriff „Abbruch der Ausbildung“	3.33
2.3 Der Wechsel der Fachrichtung	3.37
2.4 Der Begriff des wichtigen Grundes für Abbruch oder Wechsel	3.44
2.4.1 Die Grundzüge der Rechtsprechung	3.44
2.4.2 Fachrichtungswechsel nach Zwischenprüfung	3.47
2.4.3 Fachrichtungswechsel wegen eines Eignungsmangels	3.48
2.4.4 Fachrichtungswechsel wegen eines Neigungswandels	3.50
2.4.5 Wechsel von der Parkausbildung zur Wunschausbildung	3.51

2.4.6 Sonstige Gründe für einen Fachrichtungswechsel	3.55
2.5 Die Entscheidung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes	3.57
2.6 Die Möglichkeit vorheriger Klärung des Förderungsan- spruches	3.59
3. Förderung einer „weiteren Ausbildung“ (Zweit-, Ergänzungs- oder Vertiefungsausbildung)	3.60
3.1 Überblick	3.60
3.2 Die einzelnen Förderungsfälle	3.61
3.2.1 Erstausbildung an einer Berufsfachschule oder Fach- schule	3.62
3.2.2 Zweitausbildung im Zweiten Bildungsweg	3.65
3.2.3 Vertiefungs- und Ergänzungsausbildung	3.75
3.2.4 „Besondere Einzelfälle“	3.79
3.2.5 Zum Verfahren	3.82
3.3 Fachrichtungswechsel und Abbruch der Erstausbildung . . .	3.83
<i>IV. Beginn, Dauer, Ende und Unterbrechung der Förderung</i>	<i>4.01</i>
1. Entstehung des Förderungsanspruchs und Beginn der Förde- rung	4.01
1.1 Grundsätzliches	4.01
1.2 Der Antrag auf Ausbildungsförderung	4.04
1.3 Organisationsrechtliche Zugehörigkeit zur Ausbildungs- stätte	4.05
1.4 Aufnahme der Ausbildung	4.06
1.5 Besuch der Ausbildungsstätte bzw Teilnahme am Prakti- kum	4.07
1.6 Zwischen- und Übergangsförderung	4.09
2. Dauer der Förderung	4.10
2.1 Grundsätzliches zur Förderungsdauer	4.10
2.2 Die Förderungshöchstdauer beim Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen	4.12
2.2.1 Begriff der Förderungshöchstdauer	4.12
2.2.2 Die Regelungen der FörderungshöchstdauerV (FHDV)	4.15
2.2.3 Überschreiten der Förderungshöchstdauer in beson- deren Fällen	4.21
2.3 Förderungsdauer bei sonstigen Ausbildungen	4.37
2.4 Förderungsdauer bei Fernunterrichtslehrgängen	4.38
2.5 Förderungsdauer bei Auslandsausbildungen	4.39
3. Erfordernis der Leistungsnachweise nach § 48	4.46
3.1 Zeitpunkt der Vorlage	4.47
3.2 Die beiden Formen des Leistungsnachweises	4.54

3.2.1 Das Zwischenprüfungszeugnis	4.55
3.2.2 Die Bescheinigung nach § 48	4.57
3.3 Leistungsnachweise bei Auslandsausbildungen	4.62
4. Ende der Förderung	4.64
4.1 Erfolgreiche Beendigung der Ausbildung	4.66
4.2 Erfolgreiche Beendigung der Ausbildung	4.69
4.3 Fortsetzung derselben Ausbildung an einer Ausbildungs- stätte anderer Art	4.72
5. Unterbrechung der Förderung	4.73
5.1 Begriff der Unterbrechung	4.74
5.2 Einzelfälle	4.76
5.2.1 Krankheit und Schwangerschaft	4.76
5.2.2 „Streik“, „Boycott“, „Bummeln“, „Schwänzen“	4.77
5.2.3 Beurlaubung	4.79
V. Art und Weise der Förderung	5.01
1. Grundsätzliches zu Art und Weise der Förderung	5.01
1.1 Entwicklung der Darlehensförderung	5.01
1.2 Zahlweise	5.02
2. Zuschuß- oder Darlehensförderung?	5.04
2.1 Die Förderung von Ausbildungen an Schulen	5.04
2.2 Die Förderung von Ausbildungen an Höheren Fachschu- len, Akademien und Hochschulen	5.05
3. Förderung durch Vorausleistungen	5.07
3.1 Sinn der Vorausleistung	5.07
3.2 Anwendungsrahmen: Grundsätzlich nur bei Erstausbil- dung	5.09a
3.3 Hauptanwendungsfall: Eltern zahlen nicht (voll)	5.11
3.4 Zweite Fallgruppe: Verweigerung der Mitwirkung	5.18
3.5 Ausschlußgründe für beide Fallgruppen	5.23
3.6 Rückwirkende Vorausleistung	5.26
3.7 Rechtsbehelfe bei Vorausleistungen	5.29
3.8 Folgen der Vorausleistung	5.32
4. Vorschüsse	5.38
4.1 Vorschuß nach erstmaliger Antragstellung	5.39
4.2 Vorschüsse für weitere Bewilligungszeiträume	5.45
4.3 Zahlung bei Zuständigkeitswechsel	5.47
5. Vorbehaltsleistungen	5.48
5.1 Grundsatz: Keine Vorbehaltsleistungen	5.48
5.2 Ausnahmen	5.49
VI. Höhe der Förderung	6.01
1. Zur Berechnungs-Systematik	6.01

1.1 Begriff des Bedarfs	6.04
1.2 Anrechnung eigener Mittel (Familienabhängigkeit)	6.06
2. Ermittlung des Bedarfs	6.10
2.1 Die Bedarfssätze	6.11
2.2 Zusatzleistungen nach der HärteV	6.28
2.3 Zuschläge bei Auslandsausbildungen	6.35
2.4 Bedarf für Praktikanten	6.42
3. Die Anrechnung des Einkommens und Vermögens	6.43
3.1 Reihenfolge der Anrechnung und elternunabhängige Förderung	6.43
3.1.1 Anrechnung von eigenem Einkommen und Vermögen der Auszubildenden	6.44
3.1.2 Anrechnung von Einkommen und Vermögen des Ehegatten	6.45
3.1.3 Anrechnung von Einkommen und Vermögen der Eltern und elternunabhängige Förderung	6.47
3.2 Die Anrechnung von Einkommen	6.69
3.2.1 Vorbemerkung	6.69
3.2.2 Die Ermittlung des Einkommens	6.72
3.2.3 Die eigentliche Anrechnung des Einkommens	6.168
a) Allgemeines	6.168
b) Anrechnung von eigenem Einkommen der Auszubildenden	6.171
c) Anrechnung des Einkommens der Eltern	6.197
d) Anrechnung des Einkommens des Ehegatten	6.235
3.3 Die Anrechnung von Vermögen	6.250
3.3.1 Grundlagen	6.250
3.3.2 Anrechnung von Vermögen der Auszubildenden	6.253
3.3.3 Anrechnung von Vermögen des Ehegatten und der Eltern	6.283
VII. Das Antragsverfahren bis zum Erlass des Bescheides	7.01
1. Die Stellung des Förderungsantrages	7.01
1.1 Die Bedeutung der Antragstellung	7.01
1.2 Form der Antragstellung, Formblätter	7.04
1.3 Pflicht zu vollständigen Angaben	7.08
1.4 Mitwirkungspflichten von Eltern und Ehegatten	7.09
1.5 Beratungspflichten der Ämter	7.11
2. Örtlich und sachlich zuständiges Amt	7.12
2.1 Zuständigkeit bei Hochschulausbildungen	7.15
2.2 Zuständigkeiten für Ausbildungen an Abendgymnasien, Kollegs, Höheren Fachschulen und Akademien	7.19
2.3 Zuständigkeiten bei anderen Ausbildungen	7.20
2.4 Zuständigkeiten bei Auslandsausbildungen	7.22

2.5 Zuständigkeiten bei Praktika	7.23
2.6 Wechsel der Zuständigkeit	7.24
3. Die Entscheidung über den Förderungsantrag	7.30
3.1 Prüfung des Antrags durch das zuständige Amt	7.30
3.2 Stellungnahme der Förderungsausschüsse zum Antrag	7.31
3.3 Mitwirkungspflichten der Ausbildungsstätten	7.33
4. Der Erlaß eines Bescheides durch das zuständige Amt	7.34
4.1 Bedeutung des Bescheides	7.35
4.2 Inhalt des Bescheides	7.37
4.3 Entscheidung nur für einen Bewilligungszeitraum	7.39 a
4.4 Regelungen für den gesamten Ausbildungsabschnitt	7.41
4.5 Die Angaben über die Förderungshöchstdauer im Förderungsbescheid	7.43
4.6 Rückforderungsvorbehalt	7.44
<i>VIII. Besondere Antragsverfahren</i>	8.01
1. Das Vorabentscheidungsverfahren	8.01
1.1 Anwendungsbereich	8.01
1.2 Voraussetzungen einer Vorabentscheidung	8.02
1.3 Bindungswirkung der Vorabentscheidung	8.04
1.4 Wirkungen des laufenden Vorabentscheidungsverfahrens ..	8.06
2. Elternunabhängige Förderung	8.08
2.1 Kein förmlicher Antrag erforderlich	8.08
2.2 In Einzelfällen formloser Antrag erforderlich	8.09
2.3 Angaben zu Einkommen und Vermögen der Eltern nicht erforderlich	8.09 a
3. Aktualisierungsantrag	8.10
3.1 Voraussetzung: Wesentliche Verringerung des Einkommens	8.10
3.2 Antragserfordernis	8.11
3.3 Wirkungen der Antragstellung	8.12
3.4 Berechnung des maßgeblichen Einkommens	8.15
<i>IX. Aufhebung und Änderung von Bescheiden, Rückforderung</i>	
1. Änderungsbescheide (einschließlich abschließendem Bescheid nach Vorbehaltsförderung)	9.01
1.1 Allgemeines	9.01
1.2 Änderungsbescheide zugunsten der Auszubildenden	9.03
1.3 Änderungsbescheide zu Lasten der Auszubildenden (Aufhebungsbescheide)	9.11
1.3.1 Praktische Bedeutung	9.11
1.3.2 Aufhebungs und Rückforderungsfälle nach § 20	9.14
1.3.3 Änderungsbescheid zu Lasten der Auszubildenden und Rückforderungsbescheid in allen anderen Fällen ..	9.22

1.3.4 Stundung	9.42
1.3.5 Vollstreckung und Verzinsung	9.43
2. Aufrechnung in Bescheiden	9.44
2.1 Allgemeines	9.44
2.2 Allgemeine Voraussetzungen einer Aufrechnung	9.45
2.3 Einschränkung der Aufrechnung für laufende Monate	9.49
2.4 Einschränkung der Aufrechnung für abgelaufene Monate	9.50
2.5 Rechtsschutzfragen	9.51
3. Ersatzbescheide gegen den Ehegatten und die Eltern	9.52
3.1 Falsche oder unvollständige Angaben	9.52
3.2 Vorsatz oder Fahrlässigkeit	9.53
3.3 Ursächlichkeit des Verhaltens	9.54
3.4 Art des Anspruchs: Schadensersatz	9.55
4. Bußgeldbescheide	9.56
4.1 Straftatbestände – Bußgeldtatbestände	9.56
4.2 Bußgeldtatbestand § 58 BAföG	9.57
5. Heranziehung von Eltern nach Vorausleistung	9.67
5.1 Gesetzlicher Anspruchsübergang bei Vorausleistung	9.67
5.2 Nachteilige Nebenwirkungen des Anspruchsübergang	9.69
5.3 Rechtsbehelfe der Eltern	9.71
X. Darlehensbedingungen und Darlehensrückzahlung	10.01
1. Überblick	10.01
2. Unverzinslichkeit	10.04
3. Rückzahlungsbeginn	10.05
3.1 Grundregel: 5 Jahre nach Ende der Förderungshöchstdauer	10.05
3.2 Übergangsregelung für Alt-Fälle: 3 Jahre nach Ende der gesamten Ausbildung	10.07
3.3 Mitteilungspflichten des Auszubildenden vor dem Rückzahlungsbeginn (Tilgungsvorphase)	10.08
3.4 Gesetzlicher Fälligkeitseintritt	10.09
4. Höhe der Rückzahlungsraten	10.10
5. Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamts und der Bundeskasse	10.12
5.1 Bescheiderteilung durch das Bundesverwaltungsamt	10.12
5.2 Einzug durch die Bundeskasse Düsseldorf	10.14
6. Feststellungsbescheid	10.15
6.1 Bedeutung und Zeitpunkt des Ergehens	10.15
6.2 Besondere Bestandskraft des Feststellungsbescheides	10.16
6.3 Vom Feststellungsbescheid ausgelöste Ausschlußfristen	10.18
7. Rückzahlungsbescheid	10.22

8. Teilerlaß für die Jahrgangsbesten	10.23
8.1 Allgemeines	10.23
8.2 Einbezogene Ausbildungen	10.25
8.3 Maßgebliche Vergleichsgruppe zur Ermittlung der Jahrgangsbesten	10.26
8.4 Verfahrensfragen	10.28
8.5 Vorrang des Teilerlasses für die Jahrgangsbesten vor Teilerlaß wegen früher Beendigung	10.31
9. Teilerlaß wegen frühzeitiger Ausbildungsbeendigung	10.32
9.1 Voraussetzungen und Höhe des Erlasses	10.32
9.2 Fristunterschreitung	10.33
9.3 Antragsersfordernis und Antragsfrist	10.35
10. Teilerlaß für Behinderte	10.36
10.1 Voraussetzungen und Höhe des Erlasses	10.36
10.2 Antragserfordernis und Antragsfrist	10.37
11. Einzelheiten des Tilgungsverfahrens	10.38
11.1 Zahlungsmodalitäten	10.38
11.2 Mitteilungspflichten	10.39
12. Zahlungsverzug	10.40
12.1 Voraussetzungen für den Eintritt des Verzuges	10.40
12.2 Verzugsfolgen	10.44
13. Verjährung	10.48
14. Tod des Darlehensnehmers	10.50
15. Nachlaß wegen vorzeitiger Ablösung des Darlehens	10.51
15.1 Voraussetzung für den Nachlaß	10.51
15.2 Höhe des Nachlasses	10.52
16. Zeitweilige Freistellung von der Darlehenstilgung	10.53
16.1 Freistellung wegen noch andauernder oder erneuter Förderung	10.53
16.2 Freistellung wegen geringen Einkommens	10.54
17. Teilerlaß wegen Kinderbetreuung	10.81
17.1 Allgemeines	10.81
17.2 Voraussetzung im einzelnen	10.82
<i>XI. Das Rechtsbehelfsverfahren</i>	11.01
1. Grundsätzliche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	11.01
1.1 Grundsatz: BAföG-Streitigkeiten öffentlich-rechtlich	11.02
1.2 Ausnahme: Unterhaltsprozesse nach Anspruchsübergang	11.03
1.3 Ausnahme: Bußgeldverfahren	11.04
2. Das Widerspruchsverfahren	11.05
2.1 Notwendigkeit eines Widerspruchsverfahrens	11.05
2.2 Erhebung des Widerspruches	11.06

2.3 Entscheidung über den Widerspruch	11.07
2.4 Rechtslage bei verspätetem Widerspruch	11.08
3. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht	11.10
3.1 Verpflichtungsklage bei Ablehnung des Förderungsantrages	11.13
3.2 Anfechtungsklage	11.17
4. Kontrolle und Entscheidung durch das Gericht	11.21
5. Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung	11.22
5.1 Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung	11.23
5.2 Form und Inhalt des Antrags nach § 123 VwGO	11.24
6. Prozeßkosten und Antrag auf Prozeßkostenhilfe	11.25
6.1 Kosten eines Prozesses in Ausbildungsförderungssachen ..	11.25
6.2 Voraussetzungen für Prozeßkostenhilfe	11.27
6.3 Antrag auf Prozeßkostenhilfe	11.31
<i>XII. Das Verhältnis der Ausbildungsförderung zu anderen Sozialleistungen</i>	<i>12.01</i>
1. Ausbildungsförderung und Sozialhilfe	12.01
1.1 Allgemeines	12.01
1.2 Grundregel: Keine Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG für Auszubildende	12.02
1.3 Hilfe zum Lebensunterhalt in besonderen Härtefällen	12.06
2. Ausbildungsförderung und Wohngeld	12.11
2.1 Allgemeines	12.11
2.2 Fallgruppen	12.12
2.3 Behandlung der BAföG-Förderung als Einkommen bei der Wohngeldgewährung	12.17
2.4 Wohngeldausschluß ist verfassungsgemäß	12.18
3. Ausbildungsförderung und Waisenrente	12.19
4. Ausbildungsförderung und Förderung nach dem AFG	12.20
5. Ausbildungsförderung und Stipendien	12.22
6. Die Verrechnung mit anderen Leistungsträgern	12.24
6.1 Unberücksichtigt gebliebene vorrangige Ansprüche	12.24
6.2 Unberücksichtigt gebliebener BAföG-Anspruch bei Gewährung nachrangiger Sozialhilfe	12.27
Anhang 1 Übersicht über Bedarfssätze, Freibeträge usw seit 1988	
Anhang 2 Beispielstabellen zur Einkommensanrechnung	
Sachverzeichnis	